

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 9, 30. Januar 1850

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Die demokratische Parthei und die ersten entscheidenden Fragen vor dem Landtage.

Die Oppositionspresse kämpft gegen das Bündniß vom 26. Mai 1849 durch Mittheilung einzelner Bruchstücke aus den Verhandlungen der Landtage und Zeitungsberichte und befolgt damit die Taktik, welche den Demokraten auch bei den Wahlen manche Stimme gesichert hat. Schon die Mittel, welche die Demokraten zur Erreichung ihres Zweckes benutzten, sollten die Ueberzeugung begründen, daß die Demokraten einer guten Sache nicht dienen und nach den Wirkungen ist der Boden zu erkennen, auf welchem der Einfluß geltend gemacht wird. Bei besonnenen, selbstprüfenden Männern können freilich die Behauptungen und Vorspiegelungen der Demokraten keinen Boden gewinnen, aber die Masse ist groß, welche glaubt, ohne zu prüfen. Daß aber Männer von Bildung und Verstand direct oder indirect zu Mitteln greifen können, mit welchen sie wissenschaftlich täuschen, beweist, daß der Zweck bei ihnen Alles heiligt und was von diesen Männern zu erwarten ist, wenn sie ihren Zweck erreichen sollten, ist klar. Die indirecten Steuern, das Militair, die Religion und selbst unser Großherzog, der in Folge des Bündnisses das Land angeblich zu meiden gezwungen werden soll, haben erhalten müssen, um auf die Menge zu wirken, um sie zu überzeugen, daß der Zweck der Demokraten allein der sei, das Volk vor Uebeln zu schützen, die freilich nur eine Erfindung der Partheigänger sind. Der eigentliche Zweck der Alles verneinenden Demokraten muß jedem, der sehen will, klar vorliegen. Hoffentlich kommt es indessen bei uns nicht dazu, daß unsere Volksbeglucker die Maske abwerfen, denn wo es geschehen, klingen die

Folgen noch traurig nach und leider müssen die Unschuldigen immer mehr als die Schuldigen leiden, da diese in der Regel nur mit ihrer Person zahlen können. Daß egoistische Zwecke, die bei einem ruhigen Verlaufe der Verhältnisse nicht zu erreichen sind, Ehrgeiz, Sucht nach der wandelbaren Volksgunst, Unzufriedenheit mit ihrer Stellung, der Wunsch zerrütteter Vermögenszustände zu verbessern, die Triebfedern vieler sind, hat sich theilweise schon bewährt und es wird gewiß eine Zeit kommen, welche jeden Zweifel darüber schwinden läßt. Daß die Demokraten bei uns anders sein sollten, als sie sich überall gezeigt, wo sie zur That übergehen konnten, ist vernünftiger Weise nicht anzunehmen. Ehrenwürthe Charaktere, Männer, welche einer Ueberzeugung folgen oder im Reiche der Phantasie sich eine gebildet, haben sich freilich auch der Parthei angeschlossen, welche für das Volkswohl thätig zu sein behauptet und sie sind in der Hand der Führer treffliche Mittel, eine kostbare Stütze der Parthei. Neuerdings haben wir indessen wiederholt erlebt, daß solche Männer sich sperren, die Parole der Parthei anzunehmen und es ist damit ein Schritt zur Scheidung von Elementen geschehen, welche gar nicht zusammen gehören. Eine Trennung der extremen Demokraten von den gemäßigten kann für das Land von Bedeutung werden, einmal in den bevorstehenden parlamentarischen Kämpfen und dann weil die extreme Parthei dadurch in die Stellung gerieben werden wird, welche sie nicht lange halten kann. Nur dann können wir dahin gelangen, die guten Folgen des Jahres 1848 zu genießen, wenn die Opposition gebrochen wird, welche grundsätzlich und um die Gewalt kämpft, welche jedes Ministerium, das nicht aus ihren Reihen gewählt ist, angreifen wird.

Das Berliner Bündniß und die Veränderung des Wahlverfahrens werden zunächst die Angriffsgründe sein und wird die demokratische Parthei namentlich bei den Verhandlungen über diese ihre Kraft erproben können, da hier die Partheien sich anders, wie bei der Bündnißfrage, gruppiren werden. Was jene Frage betrifft, so ist dem Ministerium vorgeworfen, daß es in seinem Programme nicht offen den Standpunct bezeichne, den es eingenommen, doch kann darüber nach dem, was hinter uns liegt, gar kein Zweifel sein. Das Ministerium hat einen abgeschlossenen und ratificirten Vertrag vorgefunden und konnte es, wenn es auch gewollt hätte, sich nicht davon los machen. Man mag die Frage ansehen wie man will, so ist doch so viel unbestritten, daß durch die Ratification die Verbündeten ein Recht auf Erfüllung haben, daß für Oldenburg erzwingbare Verpflichtungen übernommen sind. Die Wirkungen des Vertrages nach Außen sind wohl theoretisch, aber nicht practisch von den Folgen für das Land zu trennen und wenn ein Vertrag ohne Zustimmung oder Befähigung des Landtags geschlossen wird, so ist derselbe, unserer Ansicht nach, allerdings, dem Lande gegenüber, gegen das Staatsgrundgesetz zu Stande gekommen *), ohne indessen dem andern Contrahenten gegenüber seine Kraft zu verlieren, da derselbe einen Rücktritt nicht zu gestatten braucht. So lagen die Verhältnisse, als die Bündnißfrage an den letzten Landtag gebracht wurde und hatte derselbe offenbar nur ein Mittel, um die Rechte des Volks zu wahren: Veretzung des Ministeriums in den Anlagestand. Dieses Mittel wurde nicht allein nicht ergriffen, das Ministerium vielmehr mit einem Vertrattens-Votum der Verantwortlichkeit enthoben. Das jezige Ministerium konnte und mußte sich hiernach für verpflichtet halten, auf dem Grund des Bündnisses weiter fortzuschreiten, ohne daß hierin eine Ungeseglichkeit gefunden werden kann, da es das Gesehene nicht ungeschehen machen konnte, und die Betheiligung Oldenburgs an dem Ausbau des deutschen Verfassungswerks gesichert werden mußte. Wir geben zu, daß, nachdem der erste Landtag die Zustimmung zur Zeit verweigert hatte, das frühere Ministerium nicht weiter hätte gehen sollen, doch kann dem jezigen Ministerium nicht zur Last gelegt werden, daß es nicht so gekommen ist. Es

*) Die Umstände, welche dahin drängten, verkennen wir indessen nicht und sind wir weit entfernt, irgend einen Vorwurf aussprechen zu wollen, den auch das Land, in seinen Vertretern, nicht für begründet erklärt hat.

wäre zu wünschen, ist aber kaum zu erwarten, daß der neu berufene Landtag diese Sachlage würdigend, und das fait accompli mit seinen Konsequenzen anerkennend, den Weg der Vermittelung betrete, die früher an besonderen Verhältnissen scheiterte. Diese überall hindernde Angelegenheit muß, wenn das Land vorwärts soll, beseitigt werden und verliert ja der Vertrag bald von selbst seine Geltung.

Die Zweckmäßigkeit der Aenderung des Wahlverfahrens ist noch von keiner Seite angegriffen; daß auch die Gesezlichkeit der Maßregel nicht zu bestreiten sei, ist gegen den Demokraten-Protest ausgeführt, ohne daß die Gründe eine Widerlegung gefunden hätten. Es wird mithin wahrscheinlich nur die Dringlichkeit der Maßregel sein, welche von der Opposition nicht zugestanden werden wird. Ob sie in dieser Frage eine Majorität finden wird, ist zweifelhaft, sollte es indessen der Fall sein, so kann es unseres Erachtens nur die Folge haben, daß das Ministerium einen das Wahlverfahren definitiv ändernden Gesezentwurf vorlegt, damit für fernere Wahlen eine neue Grundlage des Verfahrens gewonnen werde. Wir halten dieses für zweckmäßig, da die Wahlkreise vielleicht angemessener zu bilden sind und mit einer solchen Vorlage noch manche Mängel des Wahlgesetzes beseitigt werden können, welche sich erfahrungsmäßig herausgestellt haben. Auch diese Frage braucht also nicht nothwendig zu einem Bruche zu führen, wenn die Verhandlungen nicht von vorn herein mit der Absicht, denselben zu veranlassen, geleitet werden.

Die beiden wichtigsten Fragen, wichtig insofern der Ausbau der Verfassung davon abhängt, können hiernach in einer Weise gelöst werden, welche gewiß von allen Besonnenen gewünscht wird, denen die Folgen klar vor Augen stehen, welche ein neuer Conflict haben muß. Wir täuschen uns indessen nicht darüber, daß die angedeutete Entwicklung die Wahrscheinlichkeit nicht für sich habe, wir hoffen aber, daß die Prüfung der Folgen die Schwankenden zu einem entschiedenen Auftreten zum Nutzen des Landes führen werde.

Die Weferzeitung

hat in unserem Lande wohl die meiste Verbreitung. Sie kann daher auf die politische Bildung bei uns nicht ohne Einfluß geblieben sein, und darum wird es der Mühe wohl lohnen, hier einige Worte darüber zu reden.



Zuerst mögen die Parteien sprechen und wie billig sollen die Herren s. g. Demokraten auch jetzt oben an stehen.

Diese finden die Zeitung reactionair — sie sprechen dieses Wort nur mit einer andächtigen Abscheu wie der Muder den Gottseibeius aus. — Es ist daher dem Beobachter nicht zu verargen, wenn er kürzlich aus der Weferzeitung mit preußenfeindlichen Artikeln sich brüstet, indem er dabei in Aussicht stellt, wie unglücklich um den Anschluß an das Verfassungsbündniß es doch stehen müsse, wenn Blätter wie — die Weferzeitung so sprechen.

Die Reactionaire, wenn deren vorhanden sind außer dem Hirne der s. g. Demokraten, würden die Zeitung revolutionair finden.

Die Partei der Constitutionellen — d. h. derjenigen, welche wissen und beherzigen, daß wir hier zu Lande keine Politik nach Außen treiben können, weil der Standpunct, der freie Blick und die Macht uns fehlt, und daher ihre Kräfte dem Ausbau unserer inneren Verhältnisse zuwenden werden, sobald das Volk der Herren Demokraten müde geworden sein wird, — diese Partei hält insofern zwischen jenen beiden Extremen die Mitte, als sie sich überzeugt zu haben meint, daß die Weferzeitung als kaufmännische Speculation dem Course des Augenblickes diene. —

Wir nun möchten gern einen Standpunct über den Parteien einnehmen, besorgen aber der Parteilichkeit beschuldigt zu werden, und wollen daher uns darauf beschränken, die Leser der Weferzeitung auf obige drei Urtheile aufmerksam zu machen. Vergleichen sie die Artikel jener Zeitung zur Zeit des Wiener Aufstandes, der Berliner Steuer-Verweigerung, des Dresdener und Badischen Aufstandes, die Urtheile über Ludwig Napoleon im November und December 1848, mit späteren über diese Gegenstände, nehmen sie die Stellung dieser Zeitung in der Anschlußfrage, und übersehen sie nicht die vortrefflichen Artikel der Oldenburger Correspondenten — die aus andern Orten werden eben so zuverlässig sein — so dürfen wir nichts mehr zu bemerken haben. Es wird nicht schwer sein, zu finden, daß die Zeitung „piepmeyert.“

Die Bettelei

ist im hiesigen Lande, vielleicht nirgend so ausgebildet als in der Herrschaft Jever. Bei einer neulichen Reise in diesem Landesheile begegneten mir ganze

Schaaren von zum Theil sehr kleinen Kindern, die Haus bei Haus zogen und bettelten. Am größten schien mir das Uebel in der Marsch. In einem Dorf-wirthshause, wo ich einkehrte, sahen die Honorationen des Orts emsig Karten spielend, ich war aber so erfüllt von dem eben geschilderten Jammer, daß ich nach der Ursache fragte. Da die Antwort mir nicht genügte, wandte ich mich an die Wirthin und diese meinte: „Dat wer de Mode so.“ Aber sollte denn dieser herzerreißenden „Mode“ in diesem wohlhabenden, und wie man uns sagte freisinnigen, Lande nicht Wandel zu schaffen sein? Es wäre doch schön, wenn man mit solchen Fragen des Jammers und Glends thätig sich beschäftigen wollte. Denn Reden von Freiheit machen Niemand fett und das Füttern vor den Thüren ist unwürdig und zieht nur das Glend groß.

Die deutsche Flotte

kann uns bei ablaufendem Waffenstillstande schon trefflich zu Statten kommen. Es ist deshalb an der Zeit, der Bestrebungen Derer dankbar zu gedenken, welche mit ihrem Scherlein zum Werden einer Flotte beigefeuert haben. Oben an in unserm Lande, wahrscheinlich in ganz Deutschland, stehen die Stadt Jever mit der Herrlichkeit Kniphäusen, wo Tausende von Thalern gezeichnet worden sind. Welche Freude muß die Brust solcher Patrioten erfüllen, wenn sie auf den Erfolg ihrer Bestrebungen blicken!

Lesefrucht.

Die s. g. Republicaner der neuesten Zeit wollen einen Staat aparter Art (einen socialen Staat), der sich von den alten und älteren Republiken eben so wesentlich unterscheidet, wie von den wahren Monarchien, und haben mit ihren Vorstellungen so im weiten Umfange die Menschen verblendet, daß selbst Viele, die ein sicheres Gefühl des Chimärischen dieser Doctrin in sich tragen, meinen, das Chimärische liege nur in dem Verhältnisse zur Gegenwart, die noch nicht reif sei zur Republik dieser Art — während wir umgekehrt weit über tausend Jahre den Zustand der Unreife hinter uns haben, welcher allein solche republikanische Zustände möglich macht, da diese nur da eine Wahrheit haben, wo das Leben so arm, so entsehrlich arm an Motiven ist, daß die Einzelnen ziemlich alle in gleicher Weise mit Interessen und

Interessenrichtungen ausgestattet sind, wie es etwa in einem Hirten- oder Käsemacherstaate der Fall ist. Es ist gerade, wie wenn der Löwe seiner reich, stark und schön gebildeten Gliedmaßen sich schämte, und man ihn weinend und in Trauer fände, daß ihn die Natur nicht auf die viel einfachere Stufe des Regenwurms gestellt habe. Vollkommen dieselbe Albernheit sprechen die aus, welche unsere Zustände für noch nicht reif zur socialen Republik erklären. Man kann allerdings ein reiches, wohlgeordnetes Hauswesen durch Niederlichkeit verwüsten und es wieder auf den Stand einer Tagelöhnerhaushaltung herabbringen; ein reicher Geist, der sich sittlich verwahrloßt, kann herunterkommen, so daß sein Träger am Ende auch wieder dumm, ja! stockdumm erscheint, und wenn man solches Zurückkommen, weil es später ist als der vorherige Zustand, ein Reifwerden nennen will, dann sind wir allerdings auf bestem Wege, in einiger Zeit auch wieder reif zu werden für die Republik, aber nur so, daß wir dann auch vollkommen reif werden zur schmachlichsten Unterdrückung durch irgend einen unserer Nachbarn, der das Glück gehabt hat, noch nicht ganz so reif geworden zu sein, wie wir.

Landtags-Justiz.

In Hessen-Darmstadt darf laut des Staatsgrundgesetzes kein Abgeordneter während der Dauer des Landtags ohne Einwilligung der Kammer verhaftet werden. Auf dieses hin ließen die Gerichte, innerhalb ihrer Competenz, zwei Herren vor ihrer Wahl, einen dritten nach seiner Wahl, aber vor seiner Abreise zum Landtage, einen vierten in Darmstadt selbst, doch vor dem Beginne der Sitzungen in Untersuchungshaft nehmen, und die zweite Kammer erklärte das einseitig für eine Verfassungsverletzung, mit dem Beifügen: Ihr Spruch sei Befehl für die Gerichte, welche unbedingt und augenblicklich zu gehorchen hätten. Das wäre demnächst also Kammer-Justiz an der Stelle der alten Cabinets-Justiz. So könnte der größte Verbrecher durch despotische Volksgewalt befreit werden. Daneben verschleppte die Kammer die deutsche Frage. Selbst Müller-Melchior's konnte nicht weg demonstrieren, daß der Ausschuss sich erst am neunten Tage nach seiner Ernennung versammelt habe. Aus beiderlei Grunde wurde der Landtag aufge-

hoben, und — verfassungswidrig hielt der Präsident Hillebrand noch nach der Auflösung eine Rede.

(D. 3. vom 19. und 22. Januar.)

Landtags-Wahlen.

1. Oldenburg und Sternburg: Obergerichts-Rath Bibel und Hauptmann Niebour.
2. Landgemeinde Oldenburg: Ober-Sec.-Advocat Croy (hat abgelehnt, und ist eine Neuwahl bereits ausgeschrieben).
3. Glöckel ic.: Lüerßen von Nordermoor.
4. Zwischenahn: Organist Egelriede.
5. Rastede ic.: Gutsbesitzer von Düring-Deitken zu Loy.
6. Jade ic.: Minist.-Rath Fedelius.
7. Westerstede und Kirchspiel Bockhorn: Kirchspielsvogt Strodtzoff und Adv. Niebour in Neuenburg (letzterer hat für diesen Wahlkreis abgelehnt, eine Neuwahl ist bereits ausgeschrieben).
8. Barel und Kirchsp. Zetel: Amtmann Barnstedt in Barel und Adv. Niebour in Neuenburg.
9. Hammelwarden ic.: Reg.-Secr. Strackerjan.
10. Rodenkirchen ic.: Assessor v. Finckh.
11. Delmenhorst: Pastor von Lindern.
12. Berns ic.: D. C. Bargmann in Schwaden.
13. Ganderfese ic.: Assessor Sprenger in Delmenhorst und Struthoff aus Ganderfese.
14. Wardenburg ic.: Förster Büschelberger.
15. Wechta ic.: Oberger.-Rath Kitz.
16. Zeven: Dr. Böckel.
17. Rustringen: Landvogt Mölling.
18. Wangerland: Hausmann H. G. Lücken zu Rhäude.
19. Damme ic.: Bleav Schmitz und Colon Broermann.
20. Löhne ic.: Caplan Becker und Kirchspielsvogt Rosenker.
21. Crapendorf: Assessor Bothe.
22. Sloppenburg: Assessor Nieberding.
23. Lönningen, Amt: Cronc.
24. Im Fürstenthum Lüneb: Lindemann (2mal), Mann, Böcker's.

Beiträge für den „Oldenburgischen Volksfreund“ sind an die Verlags-Handlung einzusenden.

Kontract: Dr. Lübben. — Schnellpressendruck und Verlag: Schütze'sche Buchhandlung.

Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Die neue Kammer.

Es ist von einem Mitarbeiter dieses Blattes die Meinung ausgesprochen worden, daß, wenn die Majorität des Landtages nicht der konservativen Partei angehört, der Staat Oldenburg aus seinen Fugen gehen würde. Das heißt freilich gering von der Kraft der Gegenpartei denken. Wir können diese Meinung nicht ganz theilen, können sie aber auch nicht ganz verwerfen. Es zählt nämlich die demokratische Partei nicht lauter Männer unter sich, die nach Träumen jagen und einen völligen Neubau auf der Grundlage des Staatsrechts von 1848 aufzuführen gedenken, sondern sie faßt auch solche in sich, die an das Bestehende anzuknüpfen Neigung haben und die eingetretenen Verwirrungen der politischen Lage zu berücksichtigen wissen. Sie bilden aber freilich nur die Minderzahl und werden von ihrer eigenen Partei, wenn auch nicht geradezu verworfen, doch nicht mehr als ächte Brüder anerkannt. Kämen diese zur Gewalt, so würden sie den Staat noch wohl in den Fugen halten, aber sicher in den Reihen ihrer bisherigen Parteigenossen Widersacher finden und als Ueberläufer betrachtet werden. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die gemäßigten Demokraten, eben wegen ihrer geringen Zahl, ans Ruder kommen werden. Würde aber die Partei, die sich die ächt demokratische nennt, die Regierung übernehmen, so würde sie sich in einer sonderbaren Lage befinden. Ihrem Ursprunge gemäß verpflichtet, die frankfurter Reichsversammlung und andere Unmöglichkeiten durchzusetzen, würde sie mit allen Regierungen Deutschlands auf sehr gespanntem Fuße leben; es könnte diese Spannung vielleicht zu einem Bruche führen und dem Lande vielleicht eine

nachdrückliche und fühlbare Zurechweisung bereiten. Und gerade dieses Vielleicht ist es, was unsern kleinen Staat in Gefahr bringen könnte aus den Fugen zu gehen — wenn nicht etwa die so oft gemachte Erfahrung sich auch hier bestätigte, daß eine Oppositionspartei im Besitze der Regierungsgewalt ganz andere Begriffe von derselben bekäme als früher, wo sie diese bekämpfte.

Haben wir aber Grund zu Befürchtungen solcher Art? Müssen wir befürchten, daß unsere junge Verfassung die Kinderkrankheiten nicht überwinden, sondern daran sterben werde? Ist der neue Landtag denn seiner Mehrheit nach demokratisch? Ja, wer weiß das? Eins ist nur gewiß, daß die Regierung in dem Punkte, weshwegen sie den früheren Landtag auflöste, eine größere Opposition finden wird, als früher. Es sind freilich einige neue Persönlichkeiten in den Landtag getreten, deren politische Richtung dem Lande nicht bekannt ist (und vielleicht ihnen selbst nicht), allein soviel läßt sich sehen, daß die Gothaer Partei unterlegen ist. Damit ist nun freilich noch nicht ausgemacht, daß die Regierung auch in andern Punkten auf entschiedenen Widerstand stoßen werde, der es ihr unmöglich mache, in ihrer jetzigen Zusammensetzung weiter zu regieren, da sie ja nicht für den Vertrag vom 26. Mai verantwortlich sein kann, den sie nur als Erbschaft angetreten hat und antreten mußte (wie jedes folgende Ministerium), die das vorige Ministerium ihr hinterließ. Es ist möglich, daß in andern Fragen die jetzige Regierung eine Majorität finden werde, aber nicht wahrscheinlich. Der Conflict, der sich wegen des Vertrags vom 26. Mai bald erheben muß, wird Ministerium und Stände in eine feindselige Stellung gegen einander

